

WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2016/00134]

9 NOVEMBER 2015. — Koninklijk besluit houdende bepalingen inzake het eindeloopbaanregime voor personeelsleden van het operationeel kader van de geïntegreerde politie. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 9 november 2015 houdende bepalingen inzake het eindeloopbaanregime voor personeelsleden van het operationeel kader van de geïntegreerde politie (*Belgisch Staatsblad* van 25 november 2015).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2016/00134]

9 NOVEMBRE 2015. — Arrêté royal portant dispositions relatives au régime de fin de carrière pour des membres du personnel du cadre opérationnel de la police intégrée. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 9 novembre 2015 portant dispositions relatives au régime de fin de carrière pour des membres du personnel du cadre opérationnel de la police intégrée (*Moniteur belge* du 25 novembre 2015).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2016/00134]

9. NOVEMBER 2015 — Königlicher Erlass zur Festlegung von Bestimmungen in Bezug auf die Laufbahnendregelung für Personalmitglieder des Einsatzkaders der integrierten Polizei Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 9. November 2015 zur Festlegung von Bestimmungen in Bezug auf die Laufbahnendregelung für Personalmitglieder des Einsatzkaders der integrierten Polizei.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES UND FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

9. NOVEMBER 2015 — Königlicher Erlass zur Festlegung von Bestimmungen in Bezug auf die Laufbahnendregelung für Personalmitglieder des Einsatzkaders der integrierten Polizei

BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

der Erlass, den wir die Ehre haben, Eurer Majestät zur Unterschrift vorzulegen, betrifft die Problematik der Pensionen im Polizeisektor und insbesondere die nach dem Entscheid Nr. 103/2014 des Verfassungsgerichtshofs vom 10. Juli 2014 entstandene Situation.

Aus den im vorerwähnten Entscheid dargelegten Gründen hat der Gerichtshof die gesamte vorteilhaftere Pensionsregelung für Personalmitglieder des Einsatzkaders der integrierten Polizei für nichtig erklärt.

Im Hinblick auf eine gerechte, humane, fortschrittliche, aber auch rechtlich einwandfreie Regelung ist ein System der Inaktivität entworfen worden, das insbesondere Gegenstand des vorliegenden Erlasses ist. Es handelt sich also um eine verordnungsrechtliche Regelung, mit der eine vorherige Anpassung des Gesetzes ergänzt wird. Diesbezüglich wird auf die Einfügung eines neuen Artikels 88/1 in das Gesetz vom 28. Dezember 2011 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen verwiesen, der für die Polizei im Wesentlichen Artikel 90 desselben Gesetzes entspricht und 2 500 Personalmitglieder betrifft.

Der vorliegende Erlass enthält zunächst eine strukturelle statutarische Möglichkeit für Personalmitglieder des Einsatzkaders, die das Alter von 58 Jahren erreicht haben, eine angepasste Stelle zu beantragen. Eine längere Lebensarbeitszeit ist einer der Grundpfeiler der Politik der jetzigen Regierung und entspricht somit der Notwendigkeit und dem Willen, bei der Polizei eine altersbewusste Personalpolitik umzusetzen. Deshalb soll das Konzept eines nationalen Neuzuweisungsverfahrens mit lokalen Kommissionen Anwendung finden. Eine solche Vorgehensweise ermöglicht einen individuelleren Ansatz, was effizienter ist als das eher wettbewerbsorientierte Mobilitätsverfahren. In den Artikeln 1 bis 5 des vorliegenden Erlasses werden das Verfahren und die diesbezüglichen statutarischen Folgen beschrieben.

Was die Ausführungen des Staatsrats in Bezug auf Artikel VI.II.98 RSPol betrifft, so handelt es sich nicht um einen Ausbau der Vorrechte, sondern um eine Bestätigung der Anwendbarkeit von Artikel 15 Nr. 3 des Gewerkschaftsgesetzes vom 24. März 1999. Diese Wiederholung ist daher aus dem Text gestrichen worden.

Artikel 6 umfasst sodann die vorerwähnte Regelung in Bezug auf den Stand der Inaktivität vor der Pensionierung.

Die Behörde hat schließlich eine verordnungsrechtliche Regelung entworfen, die auf Freiwilligkeit und einem Alterskriterium beruht. Infolge des Gutachtens des Staatsrates ist Artikel XII.XIII.1 RSPol verdeutlicht und das zweite Kriterium in Sachen Dauer der Laufbahn nicht mehr beibehalten worden. Ferner wird in der entworfenen Regelung auch der Besonderheit des Polizeiberufs Rechnung getragen. Die Umstände, unter denen Polizisten arbeiten müssen, sind jederzeit potenziell gefährlich bis extrem gefährlich. Aufgrund der psychosozialen Belastung, des ständigen Stresses, der auferlegten körperlichen Anforderungen und der absoluten Verfügbarkeit rund um die Uhr, wie in den Artikeln 125 und 126 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes beschrieben, handelt es sich um einen besonderen Sicherheitsberuf. In manchen Fällen ist die Polizei der letzte Garant und notfalls Ersatzgarant der Behörde für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Als Inbegriff der Staatsgewalt sind Polizisten zudem bevorzugte Zielscheiben derjenigen, die aus welchem Grund auch immer versuchen, die Gesellschaft zu destabilisieren.

Mit der Bestimmung von Artikel XII.XIII.1 in fine RSPol wird bezweckt, das Ganze hinsichtlich der Problematik der Offiziere rechtlich einwandfrei zu gestalten: Alle ehemaligen Gendarmerieoffiziere leisten somit eine zusätzliche Anstrengung von mindestens zwei Jahren.

Die in Artikel XII.XIII.1 Absatz 1 Nr. 2 RSPol aufgeführte Bedingung ist die gleiche wie diejenige, die in den Artikeln 5 und 10 des Gesetzes vom 30. März 2001 über die Pension der Personalmitglieder der Polizeidienste und ihrer Berechtigten enthalten ist, und beruht auf den Erwägungen des Urteils des Verfassungsgerichtshofs.

Gemäß der im Regierungsabkommen festgelegten Untergrenze beginnt der Zeitraum der Inaktivität frühestens mit 58 Jahren. Dies impliziert eine Erhöhung der bisherigen vorteilhafteren Altersgrenzen von 54 und 56 Jahren um 4 beziehungsweise 2 Jahre. Der Zeitraum der Inaktivität kann höchstens 4 Jahre dauern. Damit dies mit Artikel 46 des Gesetzes vom 15. Mai 1984 zur Festlegung von Maßnahmen zur Harmonisierung der Pensionsregelungen vereinbar ist, wird dieser Artikel abgeändert werden. Gemäß dem Regierungsabkommen wird dieser Zeitraum der Inaktivität vor der Pensionierung für die Bestimmung des Pensionsanspruchs, aber nicht für die Berechnung des Pensionsbetrags berücksichtigt.

Das vorgeschlagene Wartegeld ist degressiv. Der Wert 74 % entspricht praktisch dem Betrag der Pension und wird denjenigen zuerkannt, die eine vollständige Laufbahn haben. Angesichts der von der jetzigen Regierung verfolgten Politik zielt die Degression darauf ab, die Betroffenen zu einer Laufbahnverlängerung anzuspornen, doch diese Wahl liegt schlussendlich bei jedem selbst.

Vorliegender Erlass tritt im Anschluss an die im neuen Artikel 88/1 des Gesetzes vom 28. Dezember 2011 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen vorgesehene Regelung in Kraft. Somit wird sich die Polizei in einer Situation befinden, die mit derjenigen der anderen Sicherheitssektoren vergleichbar ist, und zwar mit einer eigenen Regelung für ein vorzeitiges Ausscheiden, die gelten wird, bis alle Regelungen für ein vorzeitiges Ausscheiden im föderalen öffentlichen Sektor, einschließlich des vorliegenden Erlasses, in Ausführung des Regierungsabkommens und nach Besprechungen im Nationalen Pensionsausschuss hinsichtlich der schweren Berufe angepasst sind. Im Regierungsabkommen steht nämlich: *„Die Alters- und Laufbahnbedingungen für die Regelungen für ein vorzeitiges Ausscheiden im föderalen öffentlichen Sektor (Urlaub vor der Pension, Zurdispositionstellung und andere) werden den Bedingungen für die individuelle Arbeitslosigkeit mit Betriebszuschlag angeglichen.“*

Gemäß dem Regierungsabkommen gilt die Regelung für ein vorzeitiges Ausscheiden in jedem Fall bis Ende 2019.

Wir haben die Ehre,

Sire,
die ehrerbietigen,
und getreuen Diener
Eurer Majestät zu sein.

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern

J. JAMBON

Der Minister der Justiz

K. GEENS

9. NOVEMBER 2015 — Königlicher Erlass zur Festlegung von Bestimmungen in Bezug auf die Laufbahnenderegulierung für Personalmitglieder des Einsatzkaders der integrierten Polizei

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes, des Artikels 121, ersetzt durch das Gesetz vom 26. April 2002;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste (RSPol);

Aufgrund des Verhandlungsprotokolls Nr. 365/1 des Verhandlungsausschusses für die Polizeidienste vom 13. Mai 2015;

Aufgrund der Stellungnahme des Generalinspektors der Finanzen vom 15. Juli 2015;

Aufgrund der Stellungnahme des Bürgermeisterats vom 16. Juli 2015;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Öffentlichen Dienstes vom 20. August 2015;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Haushalts vom 15. Oktober 2015;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 58.113/2 des Staatsrates vom 21. September 2015, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat,

Auf Vorschlag des Ministers des Innern und des Ministers der Justiz

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Artikel VI.II.85 RSPol, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 12. Januar 2010, den Königlichen Erlass vom 3. Februar 2014 und den Königlichen Erlass vom 20. April 2015, wird durch eine Nummer 9 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„9. im Rahmen der in Kapitel VII erwähnten Laufbahnenderegulierung eine angepasste Stelle erhalten hat.“

Art. 2 - In Artikel VI.II.86 Absatz 2 RSPol, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 3. Februar 2014 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 20. April 2015, werden die Wörter „Artikel VI.II.85 Nr. 2 und 2bis“ durch die Wörter „Artikel VI.II.85 Nr. 2, 2bis und 9“ ersetzt.

Art. 3 - In Artikel VI.II.88 Absatz 3 RSPol, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 3. Februar 2014, werden zwischen den Wörtern „Artikel VI.II.85 Nr. 2“ und den Wörtern „erwähnten Personalmitglieds“ die Wörter „und 9“ eingefügt.

Art. 4 - In Artikel VI.II.89 Absatz 1 RSPol werden die Wörter „Die Neuzuweisung eines Personalmitglieds erfolgt“ durch die Wörter „Mit Ausnahme der in Artikel VI.II.85 Nr. 9 erwähnten Neuzuweisung erfolgt die Neuzuweisung eines Personalmitglieds“ ersetzt.

Art. 5 - In Teil VI Titel II RSPol wird ein Kapitel VII, das die Artikel VI.II.93 bis VI.II.103 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Kapitel VII — Laufbahnenderegulierung

Art. VI.II.93 - Unter "Laufbahnenderegulierung" versteht man die Möglichkeit, eine angepasste Stelle bei einem Polizei-Arbeitgeber zu erhalten, und zwar im Rahmen einer altersbewussten Personalpolitik.

Unter "angepasster Stelle" versteht man eine statutarische Stelle des Einsatzkaders oder des Verwaltungs- und Logistikadkers, die dem Profil und den Möglichkeiten des betreffenden Personalmitglieds angepasst ist.

Art. VI.II.94 - Das Personalmitglied des Einsatzkaders, das mindestens achtundfünfzig Jahre alt ist, kann einen Antrag auf Laufbahnenderegulierung einreichen.

Art. VI.II.95 - Hierzu reicht das Personalmitglied den Antrag, in dem die anvisierten Stellen aufgeführt sind, bei der in Artikel VI.II.97 erwähnten Laufbahnendekommission mit Kopie an den Personaldienst seines Arbeitgebers ein.

Art. VI.II.96 - Je nach Fall vergibt der Gemeinderat beziehungsweise der Polizeirat oder die in Anwendung von Artikel 56 Absatz 2 des Gesetzes befugte Behörde oder der Minister oder der Generaldirektor des Ressourcenmanagements und der Information nach Stellungnahme der Laufbahnendekommission gegebenenfalls eine angepasste Stelle, die dem betreffenden Personalmitglied zugewiesen wird, gegebenenfalls nachdem die betreffenden Arbeitgeber eine Einsetzungsfrist vereinbart haben, die vier Monate nicht überschreiten darf.

Art. VI.II.97 - Die Laufbahnendekommission setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen, die von der in Artikel VI.II.96 vorgesehenen Behörde bestimmt werden:

1. zwei Vertretern des betreffenden Polizeikorps,
2. einem Sachverständigen, der auf eine auf nachhaltige Aktivierung der Personalmitglieder ausgerichtete Personalpolitik spezialisiert ist.

Art. VI.II.98 - Die Kommission hört den Antragsteller an.

Art. VI.II.99 - In ihrer Stellungnahme berücksichtigt die Kommission die Funktionsbeschreibung der verfügbaren angepassten Stellen sowie das Profil und die Möglichkeiten des Personalmitglieds.

Art. VI.II.100 - Die Kommission kann eine rechtsgültige Stellungnahme nur abgeben, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist, und beschließt in geheimer Abstimmung bei einfacher Stimmenmehrheit.

Die Stellungnahme wird dem Personalmitglied und den betreffenden Arbeitgebern zugestellt.

Art. VI.II.101 - Die Kommissionen und die betreffenden Personalmitglieder können eine Datenbank mit angepassten Stellen innerhalb der integrierten Polizei einsehen, die vom Dienst Personalverwaltung der Direktion des Personals der föderalen Polizei verwaltet wird.

Art. VI.II.102 - Das Personalmitglied, das eine Neuzuweisung in eine angepasste Stelle erhalten hat, behält sein Anrecht auf seine Gehaltstabelle und gegebenenfalls auf seine Gehaltstabellelaufbahn.

Art. VI.II.103 - Die in Artikel VI.II.15 vorgesehene Behörde kann das in einer angepassten Stelle beschäftigte Personalmitglied ersetzen."

Art. 6 - In denselben Erlass wird ein Teil XII**bis**, der die Artikel XII.XIII.1 bis XII.XIII.6 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Teil XII**bis** — Inaktivität vor der Pensionierung

Art. XII.XIII.1 - Das Personalmitglied des Einsatzkaders, das vor dem 10. Juli 2014 in den Genuss des Vorteils eines vorgezogenen Pensionsalters von vierundfünfzig, sechsundfünfzig oder achtundfünfzig Jahren gekommen ist, hat Anspruch auf den Stand der Inaktivität vor der Pensionierung, sofern es zudem folgende Bedingungen erfüllt:

1. das Alter von achtundfünfzig Jahren erreicht haben,
2. zu Beginn des Zeitraums der Inaktivität mindestens zwanzig für die Eröffnung des Anrechts auf Pension zulässige Dienstjahre im öffentlichen Sektor aufweisen können, unter Ausschluss der Dienstaltersverbesserungen für Studien und der anderen als zulässige Dienste gutgeschriebenen Perioden, die für die Festlegung des Gehalts berücksichtigt werden,
3. am Ende des Zeitraums der Inaktivität mit einer Höchstdauer von vier Jahren die Bedingungen erfüllen, um Anspruch auf eine Vorruhestandspension, wie in Artikel 46 des Gesetzes vom 15. Mai 1984 zur Festlegung von Maßnahmen zur Harmonisierung der Pensionsregelungen vorgesehen, zu erheben.

In Abweichung von Absatz 1 Nr. 1 müssen Offiziere, die vor dem 10. Juli 2014 die vorteilhaftere Altersgrenze für die Vorruhestandspension von achtundfünfzig Jahren erreicht hatten, zum Zeitpunkt des Beginns des Zeitraums der Inaktivität vor der Pensionierung mindestens sechzig Jahre alt sein.

Art. XII.XIII.2 - Hierzu reicht das Personalmitglied den Antrag je nach Fall beim Korpschef oder beim Generaldirektor des Ressourcenmanagements und der Information oder bei dem Dienst, den sie zu diesem Zweck bestimmen, ein, und zwar frühestens sechs Monate vor dem Zeitpunkt, zu dem die in Artikel XII.XIII.1 erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Art. XII.XIII.3 - Der Zeitraum der Inaktivität beginnt am ersten Tag des Kalendermonats nach dem Monat, in dem die in Artikel XII.XIII.1 erwähnten Bedingungen erfüllt sind. Den diesbezüglichen Beschluss fasst die in Artikel VI.II.96 vorgesehene Behörde.

Die Behörde verfügt in jedem Fall über eine Beschlussfassungsfrist von höchstens vier Monaten ab Einreichung des Antrags.

Für die Anträge der Personalmitglieder, die die Bedingungen in dem Zeitraum von sechs Monaten ab Inkrafttreten von Teil XII**bis** erfüllen, verfügt die Behörde über eine Beschlussfassungsfrist von höchstens drei Monaten ab Einreichung des Antrags. In diesem Fall beginnt der Zeitraum der Inaktivität frühestens am ersten Tag des Kalendermonats nach dem Monat, in dem der Beschluss gefasst wird.

Art. XII.XIII.4 - Das Personalmitglied befindet sich im Stand der Inaktivität bis zum ersten Tag des Monats, in dem es die Bedingungen für den Erhalt der Vorruhestandspension gemäß Artikel 46 des Gesetzes vom 15. Mai 1984 zur Festlegung von Maßnahmen zur Harmonisierung der Pensionsregelungen erfüllt.

Art. XII.XIII.5 - Das Personalmitglied im Stand der Inaktivität vor der Pensionierung bezieht ein Wartegehalt in Höhe von:

1. 74 Prozent seines letzten Dienstgehaltes, wenn es zu Beginn des Zeitraums der Inaktivität ein allgemeines Dienstalter von siebenunddreißig Jahren im öffentlichen Sektor aufweisen kann,
2. 70 Prozent seines letzten Dienstgehaltes, wenn es zu Beginn des Zeitraums der Inaktivität ein allgemeines Dienstalter von siebenunddreißig Jahren im öffentlichen Sektor aufweisen kann,
3. 66 Prozent seines letzten Dienstgehaltes, wenn es zu Beginn des Zeitraums der Inaktivität ein allgemeines Dienstalter von sechsunddreißig Jahren im öffentlichen Sektor aufweisen kann,
4. 62 Prozent seines letzten Dienstgehaltes, wenn es zu Beginn des Zeitraums der Inaktivität ein allgemeines Dienstalter von fünfunddreißig Jahren oder weniger im öffentlichen Sektor aufweisen kann.

Unter "letztem Dienstgehalt" versteht man das letzte für Vollzeitleistungen gewährte Jahresgehalt, mit Ausnahme der Zulagen und Entschädigungen. Das Urlaubsgeld und die Jahresendzulage werden verhältnismäßig gewährt.

Art. XII.XIII.6 - Die in Artikel VI.II.15 vorgesehene Behörde kann das im Stand der Inaktivität befindliche Personalmitglied ersetzen."

Art. 7 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft

Art. 8 - Der für Inneres zuständige Minister und der für Justiz zuständige Minister sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 9. November 2015

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern

J. JAMBON

Der Minister der Justiz

K. GEENS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2016/00136]

26 DECEMBER 2015. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 6 juli 2013 houdende de in voetbalstadions na te leven veiligheidsnormen en meer bepaald van artikel 5

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 21 december 1998 betreffende de veiligheid bij voetbalwedstrijden, gewijzigd bij de wetten van 10 maart 2003, 27 december 2004, 25 april 2007 en 14 april 2011, inzonderheid op de artikelen 3 en 4;

Gelet op het koninklijk besluit van 6 juli 2013 houdende de in voetbalstadions na te leven veiligheidsnormen;

Gelet op het advies 58.447/2 van de Raad van State, gegeven op 2 december 2015 met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 1^o van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende dat het, uit zorg voor efficiëntie, continuïteit en goed administratief bestuur van belang is om de volgende delegatie van bevoegdheid toe te kennen aan een ambtenaar van de Federale Overheidsdienst Binnenlandse Zaken; dat een dergelijke delegatie het mogelijk maakt het onderzoek naar de afwijkingaanvragen, onderzoek waarin de veiligheidssituatie a priori niet overeenkomt met de wettelijke voorschriften die ertoe strekken de veiligheid te waarborgen, dat deze delegatie kadert in het belang van zowel de organisatoren als het publiek, aangezien zij allemaal rechtstreeks betrokken zijn met de veiligheid van de personen die aanwezig zijn in de stadions.

Op de voordracht van Onze Minister van Veiligheid en Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Artikel 5 van het koninklijk besluit van 6 juli 2013 houdende de in voetbalstadions na te leven veiligheidsnormen, wordt gewijzigd als volgt: een «§6» wordt toegevoegd:

« De minister van Binnenlandse Zaken kan de bevoegdheden die hem toekomen krachtens de §§ 1 tot 5 van onderhavig artikel, delegeren aan de titularis van een managementfunctie -1 : Directeur-generaal Veiligheid en Preventie bij de Federale Overheidsdienst Binnenlandse Zaken voor de toekenning van afwijkingen zoals bedoeld in artikel 5 van het koninklijk besluit van 6 juli 2013 houdende de in voetbalstadions na te leven veiligheidsnormen »

Art. 2. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Art. 3. Onze minister bevoegd voor Veiligheid en Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Ciergnon, 26 december 2015.

FILIP

Van Koningswege :

De Minister van Veiligheid en Binnenlandse Zaken,

J. JAMBON

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2016/00136]

26 DECEMBRE 2015. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 6 juillet 2013 contenant les normes de sécurité à respecter dans les stades de football et plus précisément son article 5

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 21 décembre 1998 relative à la sécurité lors des matches de football, modifiée par les lois du 10 mars 2003, 27 décembre 2004, 25 avril 2007 et 14 avril 2011, notamment les articles 3 et 4;

Vu l'arrêté royal du 6 juillet 2013 contenant les normes de sécurité à respecter dans les stades de football;

Vu l'avis 58.447/2 du Conseil d'Etat donné le 2 décembre 2015, en application de l'article 84, § 1^{er}, premier alinéa, 1^o des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant qu'il importe dans un souci d'efficacité, de continuité et de bonne gestion administrative d'organiser la délégation de compétence suivante à un fonctionnaire du Service public fédéral Intérieur; qu'une telle délégation permettra d'accélérer l'examen des demandes de dérogation, examen durant lequel la situation sécuritaire ne correspond a priori pas au prescrit légal tendant à garantir la sécurité; que cette délégation s'inscrit dans l'intérêt tant des organisateurs que du public, tous concernés directement par la sécurité des personnes présentes dans les stades.

Sur la proposition de Notre Ministre de la Sécurité et de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. L'article 5 de l'arrêté royal du 6 juillet 2013 contenant les normes de sécurité à respecter dans les stades de football est modifié comme suit : un « § 6 » est ajouté :

« Le Ministre de l'Intérieur peut déléguer les compétences qui lui reviennent en vertu des §§ 1 à 5 du présent article au titulaire d'une fonction de management -1 : Directeur général Sécurité et Prévention auprès du service public fédéral Intérieur pour l'octroi de dérogations telles que visées à l'article 5 de l'arrêté royal du 06 juillet 2013 contenant les normes de sécurité à respecter dans les stades de football »

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.

Art. 3. Notre ministre qui a la Sécurité et l'Intérieur dans ses attributions, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Ciergnon, le 26 décembre 2015.

PHILIPPE

Par le Roi :

Le Ministre de la Sécurité et de l'Intérieur,

J. JAMBON